



**Formular Informationspflichten
- Erhebung von Daten bei der betroffenen Person, Art. 13 DSGVO-**

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit dem Fachverfahren zur Berechnung von Rentenanwartschaften

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Verarbeitung ist die Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat, HA I/13 - Versicherungsamt, 80466 München, versicherungsamt.kvr@muenchen.de, Tel. 233 – 44 163

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landeshauptstadt München
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Burgstr. 4
80331 München
Telefon: 089/233-28261
E-Mail: datenschutz@muenchen.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden dafür erhoben, um Ihre Rentenansprüche (Rentenart, -höhe, -beginn, Höhe der Abschläge/Zuschläge etc.) berechnen zu können.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit § 15 Abs. 1 und 2 SGB I und § 93 Abs. 1 SGB IV erhoben und verarbeitet.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden ausschließlich an die Deutsche Rentenversicherung weitergegeben. Um die in Ziffer 4 beschriebene Berechnung durchführen zu können, müssen Ihre beim Rentenversicherungsträger gespeicherten Daten (sogenannter Versicherungsverlauf) abgerufen werden. Grund hierfür ist, dass dem Versicherungsamt München generell über die beim Rentenversicherungsträger versicherten Personen keine Daten vorliegen.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Speicherung der personenbezogenen Daten findet bis zum Erreichen der jeweiligen Regelaltersgrenze im Sinne von §235 Abs. 2 SGB VI statt.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Hinweis: Die Inhalte dieses Dokuments spiegeln den jetzigen Kenntnisstand wider und werden regelmäßig aktualisiert.